Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/8028

21. 06. 94

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung (20. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung — Drucksache 12/7494 —

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 24. Juli 1992 über die Errichtung, den Bau und den Betrieb einer Urananreicherungsanlage in den Vereinigten Staaten von Amerika

A. Problem

Eine zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten geschlossenen Regierungsvereinbarung regelt die Übertragung der Gasultrazentrifugentechnik auf ein Joint Venture in den USA, die ausschließlich friedliche Nutzung dieser Technik, die Anwendung der IAEO-Sicherungsmaßnahmen und den Schutz von Informationen bei diesem Vorhaben. Das im Juli 1992 in Washington gezeichnete Abkommen bedarf der Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland.

B. Lösung

Verabschiedung des nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes vorgelegten Zustimmungsgesetzes als Voraussetzung der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde.

Mehrheitliche Zustimmung im Ausschuß

C. Alternativen

Ablehnung der Ratifizierung des Abkommens.

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden entstehen durch das Gesetz keine zusätzlichen Kosten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf der Bundesregierung — Drucksache 12/7494 — unverändert anzunehmen.

Bonn, den 15. Juni 1994

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Wolf-Michael Catenhusen	**Heinrich Seesing**	**Horst Kubatschka**	**Jürgen Timm**
Vorsitzender	Berichterstatter		

Bericht der Abg. Heinrich Seesing, Horst Kubatschka und Jürgen Timm

1. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 228. Sitzung am 19. Mai 1994 den Gesetzentwurf der Bundesregierung — Drucksache 12/7494 — an den Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

2. Zum Inhalt des Gesetzentwurfs

Durch das Gesetz erfolgt die Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften zu der zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten getroffene Vereinbarung über die Errichtung, den Bau und den Betrieb einer Urananreicherungsanlage in den Vereinigten Staaten unter Anwendung der in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden gemeinsam entwickelten Gasultrazentrifugentechnik.

3. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 81. Sitzung am 15. Juni 1994 auf die Beratung der Vorlage verzichtet.

4. Beratung im federführenden Ausschuß

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlage in seiner Sitzung am 15. Juni 1994 beraten.

Die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. begrüßen das Abkommen und das Gesetz, weil sich hiermit die in Europa entwickelte energiesparende Gasultrazentrifugentechnik im freien Wettbewerb gegen US-Techniken in den Vereinigten Staaten durchgesetzt hat. Auch wird die vereinbarte Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien und den USA bei der Errichtung, den Bau und den Betrieb einer Urananreicherungsanlage in den Vereinigten Staaten begrüßt. Die mit dem Abkommen verbundenen Regelungen zur Nichtverbreitung, zur Anwendung von Sicherungsmaßnahmen und zum Schutz von Informationen werden mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Die Fraktion der SPD stimmt dem Technologietransfer von Europa in die USA im Rahmen der vereinbarten Regelung zu. Infolge des Parteibeschlusses der SPD zur zivilen Kernenergienutzung erklärt sie, daß sie sich der Stimme enthalten wird.

Ein Mitglied der Fraktion der SPD lehnt den Gesetzentwurf ab, weil nach seiner Meinung damit die weitere Nutzung der Kernenergie gefördert wird.

Der Ausschuß hat mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei einer Gegenstimme aus der Fraktion der SPD und gegen die Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS/Linke Liste sowie bei Enthaltung der übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Bonn, den 15. Juni 1994

Heinrich Seesing **Horst Kubatschka** **Jürgen Timm**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333